

Universitätsstadt Tübingen
Fachbereich Kommunales
Narr, Ulrich Telefon: 07071-204-1700
Stabsstelle Umwelt- und Klimaschutz
Hofmann, Julia Telefon: 07071-204-2475
Gesch. Z.: 10/

Vorlage 100/2024
Datum 17.04.2024

Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Ausschuss zur Fortschreibung des Klimaschutzprogramms**

Betreff:	Mobilitätsbefragung 2023
Bezug:	Vorlagen 214/2019, 11f/2019
Anlagen:	Anlage 1: Wesentliche Ergebnisse der Mobilitätsbefragung

Zusammenfassung:

Die Stadtverwaltung hat nach 2015 im Frühjahr 2023 erneut eine Befragung unter den Beschäftigten zu deren Mobilitätsverhalten durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass durch die vielen Maßnahmen (Jobticket, JobRad, Ausbau der Fahrradinfrastruktur an den Verwaltungsstandorten) der letzten Jahre in signifikanter Wechsel bei der Mobilität hin zum Umweltverbund erzielt werden konnte: Im Sommer nutzen 68,8% der Beschäftigten auf dem Weg zur Arbeit Verkehrsmittel des Umweltverbundes (Fuß, Rad, ÖPNV), im Winter immerhin noch 61,9%. Ein wesentlicher Faktor ist dabei, dass durch die immer stärker verbreitete Nutzung von Pedelecs nun auch viele Beschäftigte mit dem Fahrrad zum Arbeitsort kommen, die weiter von Tübingen weg wohnen.

Die Ergebnisse der Befragung zeigen auch Handlungsoptionen auf, um weitere Anreize für den Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel, auch im Rahmen der dienstlichen Mobilität, zu setzen. Diese wird die Verwaltung in den nächsten Monaten angehen.

Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen: Ergebnishaushalt		lfd. Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten	Plan 2024	Folgejahr
DEZ00 THH_1 FB10	Dezernat 00 OBM Boris Palmer Kommunale Steuerung u. Innere Verwaltung Kommunales			EUR	
1125 Mobilitätsmanagement	12	Personalaufwendungen		-55.180	
		<i>davon für diese Vorlage</i>		-12.620	-10.520
	14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		-68.680	
		<i>davon für diese Vorlage</i>		-10.000	-5.000

Für das Betriebliche Mobilitätsmanagement bei der Stadtverwaltung ist derzeit eine bis Ende Oktober 2025 befristete Aushilfsstelle mit einem Umfang von 20% beim Fachbereich Kommunales angesiedelt. Zudem stehen im Haushalt bei der Produktgruppe 1125 „Mobilitätsmanagement“ für den Ausbau der Fahrradflotte im aktuellen Jahr 10.000 Euro, in den Folgejahren 5.000 Euro zur Verfügung. Weitere Maßnahmen zur Stärkung der Fahrradinfrastruktur an und in den Verwaltungsgebäuden werden durch den Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement finanziert.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Gemäß ihres energie- und klimapolitischem Leitbild sieht sich die Stadtverwaltung einer Vorbildfunktion im Klimaschutz verpflichtet (vergl. 214/2019). Deshalb ist im Klimaschutzprogramm 2020 – 2030 unter Teil B; II die Nutzung des Umweltverbundes oder der Elektromobilität als Zielsetzung verankert (vergl. 11f/2019). Dabei geht die Verwaltung unter anderem davon aus, dass Beschäftigte, die umweltfreundlich zum Arbeitsplatz gelangen auch dienstlich eher umweltfreundlich mobil sein werden.

Die Stadtverwaltung hat erstmals 2015 eine Befragung unter ihren Beschäftigten (inkl. der Eigenbetriebe) zu Mobilitätsthemen durchgeführt, um erste Ansatzpunkte für ein betriebliches Mobilitätsmanagement zu entwickeln. Schwerpunkt der Befragung war der Weg zur Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Befragung wurde im Frühjahr 2023 wiederholt, dieses Mal ergänzt um Fragen zur dienstlichen Mobilität. Alle Beschäftigten der Stadtverwaltung wurden entweder per E-Mail oder per Brief zur Befragung eingeladen, die Teilnahme war online und in Papierform möglich. An der Befragung haben 700 Beschäftigte teilgenommen; eine erfreuliche hohe Teilnahmequote. Die Ergebnisse der Befragung liegen vor und wurden ausgewertet.

Ziel der Befragung waren im Wesentlichen folgende Ziele: Haben die Maßnahmen, welche die Verwaltung zur Förderung der umweltfreundlichen Mobilität ergriffen haben, zu einer Verlagerung des Verkehrs hin zum Umweltverbund geführt? Wo ist aus Sicht der Beschäftigten der größte Handlungsbedarf, um den Umstieg auf umweltfreundliche

Alternativen möglichst attraktiv zu machen? Welche weiteren Umsetzungsmaßnahmen sind für die Vorbildfunktion im Klimaschutz anzugehen?

2. Sachstand

2.1. Maßnahmen seit der Befragung 2015

2.1.1. JobRad

Seit 2016 bietet die Stadtverwaltung ihren Beschäftigten das JobRad-Modell an. Das Prinzip funktioniert genau wie das klassische Leasing beim Auto. Der Arbeitgeber leaset ein Fahrrad, das die oder der Beschäftigte bei einem Partnerbetrieb der JobRad AG ausgewählt hat, und überlässt dieser oder diesem zur Nutzung, egal ob zur Arbeit, im Alltag, in den Ferien oder beim Sport. Die Leasingraten sind von den Beschäftigten zu bezahlen, das Leasing erstreckt sich über einen Zeitraum von 36 Monaten. Der Reiz des Modells ist, dass ein Teil des Gehaltsanspruchs der Beschäftigten per Gehaltsumwandlung in einen Sachbezug umgewandelt wird. Daher fallen für die Raten weder Steuern (Einkommenssteuer, Solidaritätszuschlag, ggfs. Kirchensteuer) noch Sozialversicherungsbeiträge (Kranken-, Renten-, Pflege-, Arbeitslosenversicherung) an. Der so entstehende geldwerte Vorteil ist zwar von den Beschäftigten zu versteuern – seit 2020 aber nur noch mit 0,25 % des Bruttolistenpreises. Seit dem 1. Januar 2024 fällt zudem auch keine Mehrwertsteuer mehr auf die Leasingrate an. Darüber hinaus trägt die Universitätsstadt Tübingen die für das JobRad verpflichtende Versicherung.

Für viele ist neben der Gehaltsumwandlung ausschlaggebend für ein JobRad, dass durch die Ratenzahlung de facto ein zinsloser Kredit gewährt wird, der auch die Anschaffung eines teureren Fahrrads erlaubt.

Seit Beginn des Modells wurden rund 450 JobRäder erworben, der durchschnittliche Preis der Räder beträgt dabei rund 3.300 Euro. Dabei machen Pedelecs mit 83% der Räder den Großteil der Räder aus.

2.1.2. Jobticket

Die Stadtverwaltung bietet seit vielen Jahren ein Jobticket für ihre Beschäftigten an. Das Jobticket vor der Einführung des Deutschlandtickets sah deutlich vergünstigte Konditionen (8,5 % Rabatt und 20€-Arbeitgeberzuschuss) und großzügige Mitnameregulungen vor.

Seit Sommer 2023 können nun die Beschäftigten das Deutschlandticket als Jobticket für 14 Euro im Monat erwerben. Gegen einen Aufpreis von 11 Euro im Monat ist das Deutschlandticket im Gebiet des naldo übertragbar und bietet unter der Woche ab 19 Uhr und am Wochenende die Möglichkeit der Mitnahme von bis zu vier Personen. Durch die Umstellung des Jobtickets auf das Deutschlandticket sind die Nutzerzahlen von 392 auf über 940 Nutzerinnen und Nutzer gestiegen.

2.1.3. Radinfrastruktur bei der Stadtverwaltung

Um eine umweltfreundliche, dienstliche Mobilität bei der Stadtverwaltung zu stärken, hat die Verwaltung den Fuhrpark an Alternativen zum PKW ausgebaut. Neben E-Rollern spielen dabei insbesondere Pedelecs als schnelle Alternative eine Rolle. Zudem stehen den Beschäftigten auch Lastenräder zur Verfügung.

Darüber hinaus wurde und wird an den verschiedenen Standorten der Verwaltungen die Fahrradinfrastruktur verbessert. Im Technischen Rathaus wurden im Rahmen der Sanierung umfangreiche überdachte Stellplätze für Räder geschaffen, es gibt ausgewiesene Lademöglichkeiten für die Akkus der Pedelecs, Spinde sowie Duschen. Im Rathaus am Markt wurden in der Tiefgarage PKW-Stellplätze umgewandelt in weitere Radabstellplätze. Zudem wurden ausgewiesene Lademöglichkeiten geschaffen und eine Dusche eingebaut. Am Kulturamt und am Bürgeramt/Fruchtschranne wurden bzw. werden erstmals überdachte Abstellplätze geschaffen.

Beim Fachbereich Kommunales ist derzeit befristet bis Herbst 2025 eine Stelle mit einem Umfang von 20% geschaffen, welche sich schwerpunktmäßig darum kümmert, die Radinfrastruktur in Abstimmung mit den Organisationseinheiten weiter auszubauen.

2.2. Ergebnisse der Befragung

Die Ergebnisse der Befragung im Detail finden sich in der Anlage der Vorlage.

2.2.1. Modal Split

Viele Beschäftigte nutzen mehrere Verkehrsmittel, um an ihren Arbeitsort zu gelangen. Beispielsweise fahren sie mit dem Fahrrad zum Bahnhof, anschließend mit dem Zug nach Tübingen um dann zu Fuß an die Arbeitsstelle zu laufen. Auch nutzen Beschäftigte nicht immer die gleichen Verkehrsmittel. Daher konnte bei der Befragung angegeben werden, welche Verkehrsmittel wie häufig genutzt wurden. Diese Daten wurden nach einem Berechnungsschlüssel ausgewertet und so der Modal Split gebildet. Im Sommer nutzen 68,8% der Beschäftigte Verkehrsmittel des Umweltverbundes (Fuß, Rad, ÖPNV), im Winter immerhin noch 61,9%. Im Vergleich zu 2015 ist dies eine deutliche Verlagerung weg vom PKW hin zum Umweltverbund. Entscheidend für die Veränderung ist dabei das Pedelec, das nun die Radnutzung auch für Beschäftigte interessant gemacht hat, die weiter weg von Tübingen wohnen. So ist bei Beschäftigten, die im Landkreis aber außerhalb der Stadt wohnen die Nutzung des PKWs im Sommer um fast 20% gesunken, im Gegenzug die von Rad und Pedelec um mehr als 20% gestiegen. Dies zeigt auch eine andere Auswertung. Abgesehen von der Distanz von weniger als einem Kilometer bis zum Arbeitsort ist bis zu einer Entfernung von bis zu 15km das Fahrrad bzw. Pedelec das wichtigste Verkehrsmittel. Erst ab 15 km wird die Kfz-Mobilität dominant.

Darüber hinaus zeigen sich signifikante Unterschiede bei den Beschäftigten je nach Standort. Ein Teil lässt sich sicher aus der Verbundenheit der Beschäftigten mit einzelnen Verkehrsmitteln erklären, auffallend ist aber dennoch, dass je besser die Beschäftigten die Radinfrastruktur an ihrem Standort bewerten, desto mehr Beschäftigte das Rad nutzen.

Zudem lässt die Befragung erkennen, dass es auch zukünftig einen Bedarf an Auto-Mobilität auf dem Weg zur Arbeit geben wird. Die Gründe liegen z. B. in persönlichen Aspekten oder in Lücken im ÖPNV-Netz am Wohnort.

2.2.2. Handlungsbedarfe Radinfrastruktur

Die Beschäftigten konnten angeben, wo aus Ihrer Sicht Handlungsbedarfe bei der Radinfrastruktur bestehen. Dabei sind aus Sicht der Verwaltung besonders diejenigen interessant, die derzeit das Rad nicht oder nur wenig nutzen, sich aber eine Radnutzung grundsätzlich vorstellen können. Dabei zeigen sich naturgemäß große Unterschiede

zwischen den einzelnen Standorten. Während am Technischen Rathaus kaum Handlungsbedarfe gesehen werden, zeigen die Zahlen, dass die Infrastruktur bspw. beim Bürgeramt/Fruchtschranne oder den Standorten der KST noch große Bedarfe haben.

Gefragt wurde zudem, warum bei Dienstfahrten kein Rad genutzt wurden. Neben dem Wetter und der Entfernung sind dabei wichtige Punkte, dass Lasten transportiert werden müssen oder dass sich die Beschäftigten auf dem Rad nicht sicher fühlen.

3. Vorgehen der Verwaltung

Die Verwaltung bewertet die Ergebnisse der Befragung positiv. Durch die vielen Maßnahmen der letzten Jahre konnte ein signifikanter Wechsel bei der Mobilität hin zum Umweltverbund erzielt werden. Dennoch zeigen die Ergebnisse auch Handlungsoptionen, welche die Verwaltung nun angehen wird:

1. Weiterer Ausbau der Fahrradinfrastruktur (überdachte Stellplätze, ausgewiesene Lademöglichkeiten, ggf. Duschen) an weiteren Standorten der Verwaltung.
2. Ausbau der „Flotte“ an Lastenrädern, um das Fahrradfahren auch beim Transport von Gegenständen zur klimafreundlichen und gesundheitsfördernden Alternative zum PKW anzubieten.
3. Aufnahme eines Fahrradsicherheitstrainings in das städtische Fortbildungsprogramm.
4. Die Verwaltung hält eine Öffnung des JobRad-Angebots auch für S-Pedelecs für sinnvoll, um Beschäftigten, die weiter vom Arbeitsort entfernt wohnen, die Möglichkeit eines Umstiegs auf das Fahrrad zu erleichtern. Dies sieht der Tarifvertrag derzeit allerdings nicht vor. Die Verwaltung wird daher prüfen, ob es einen Weg im Einvernehmen mit der Personalvertretung gibt, dennoch diesen Schritt gehen zu können.

Ergänzt wird dies um weitere Maßnahmen, die derzeit kurz vor der Umsetzung stehen:

1. Erweiterung der E-Flotte bei den Dienst-Pkws durch Nutzung der E-Carsharing-Flotte der Stadtwerke Tübingen (coono). Dabei sollen auch ein neues Modell erprobt werden: Anstelle der Anschaffung von Dienstfahrzeugen nutzt die Stadtverwaltung während der Dienstzeiten exklusiv Fahrzeuge der E-Carsharing-Flotte der Stadtwerke zu einem monatlichen Fixpreis. Außerhalb der Zeiten kann das Fahrzeug von coono-Kundinnen und Kunden genutzt werden. Die Stadt erhält dann eine Rückzahlung.
2. Maßnahmen zur Förderung von Fahrgemeinschaften (auch über die Grenze des Arbeitgebers Stadtverwaltung hinaus)

Darüber hinaus plant die Befragung voraussichtlich im kommenden Jahr eine Befragung zum Jobticket durchzuführen. Dabei soll es unter anderem darum gehen, ob durch das neue Deutschlandticket eine Veränderung bei der Mobilität insbesondere auch hinsichtlich der Nutzung des ÖPNV erreicht wurde.

4. Lösungsvarianten

Die Stadtverwaltung verzichtet auf Maßnahmen, welche den Umstieg auf den Umweltverbund stärken.

5. Klimarelevanz

Mit dem Tool BICO2BW für eine klimaneutrale Kommunalverwaltung wurde eine CO₂-Bilanz (inkl. Vorketten; nicht territorial) für den „Weg zur Arbeit“ erstellt. Daraus ergibt sich ein Wert von rund 600 Tonnen CO₂-Äquivalenten.

Die Maßnahmen zur Förderung des Umweltverbundes dienen sowohl der Vorbildfunktion zum Klimaschutz als auch der Zielsetzung einer „klimaneutralen Stadtverwaltung“. Dabei zeigt sich, dass die Stadtverwaltung damit auch „auf Augenhöhe“ mit Betrieben in Tübingen ins Gespräch über Lösungsansätze kommen kann, die ebenfalls einen hohen CO₂-Rucksack bei der Mitarbeiter-Mobilität (Scope 3) aufweisen.